

**Februar 2022**

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sonntagsfrage: SPD verliert an Rückhalt, Union profitiert .....	2
Regierungszufriedenheit: Zuspruch für Ampelbündnis sinkt .....	3
Politikerzufriedenheit: Einbußen für Scholz, Habeck und Lindner.....	4
Außenpolitische Situation aus Sicht von 54 Prozent für Deutschland bedrohlich.....	5
Maßnahmen in der Ukraine-Krise: keine Unterstützung für Waffenlieferungen .....	6
Zuspruch zu Nordstream 2 kaum verändert .....	7
Ukraine-Konflikt: Hälfte in Sorge vor Engpässen in der Gasversorgung .....	8
Wachsendes Unbehagen an Corona-Maßnahmen .....	9
Corona-Impfpflicht: nur ein Drittel generell dagegen.....	10
Wahl des Bundespräsidenten: Sieben von zehn mit Steinmeier zufrieden .....	11
Winterspiele in Peking: geringes Interesse, Kritik am Austragungsort .....	12
Studieninformation.....	14

## Zusammenfassung

Zwei Monate nach der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler und der Vereidigung der neuen Bundesregierung ist die politische Stimmung durch starke Verschiebungen zwischen SPD und CDU/CSU gekennzeichnet. Lag die SPD im Januar noch bei 26 Prozent und drei Punkte vor der CDU/CSU, verzeichnet sie aktuell nur noch einen Wählerzuspruch von 22 Prozent (-4) - und rangiert damit fünf Punkte hinter der Union. Die Union legt dagegen zum Vormonat 4 Punkte zu, hätte 27 Prozent in Aussicht und ist erstmals seit August vergangenen Jahres bei der Sonntagsfrage wieder stärkste Kraft. Die Grünen würden wie Anfang Januar 16 Prozent (+/-0) erzielen. Während die FDP mit 10 Prozent (-1) etwas schlechter abschneidet als vor einem Monat, liegt die AfD mit 12 Prozent geringfügig besser (+1). Die Linke könnte unverändert mit 5 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.

Die SPD-Verluste in der Sonntagsfrage gründen auf eine im Monatsverlauf erkennbar gewachsene Unzufriedenheit mit der Arbeit der Berliner Koalition und ihrer Regierungsspitzen. Weniger als vier von zehn Bundesbürgern äußern sich aktuell positiv zu den Leistungen der Ampel, mehr als jeder Zweite übt Kritik. Diese Sympathieverluste gehen einher mit Popularitätseinbußen von Kabinettsmitgliedern, allen voran des Bundeskanzlers. Nach 60 Prozent im Vormonat überzeugt Kanzler Scholz aktuell nur 43 Prozent der Wahlberechtigten. Auch FDP-Finanzminister Lindner und Grünen-Wirtschaftsminister Habeck büßen binnen eines Monats an Zuspruch ein. Ansehen gewinnt dagegen Außenministerin Baerbock, die ihren zweitbesten Wert im ARD-DeutschlandTREND erzielt. Ebenso zulegen kann der CDU-Vorsitzende Merz, der im Februar eine ähnliche Unterstützung erfährt wie Vize-Kanzler Habeck von den Grünen.

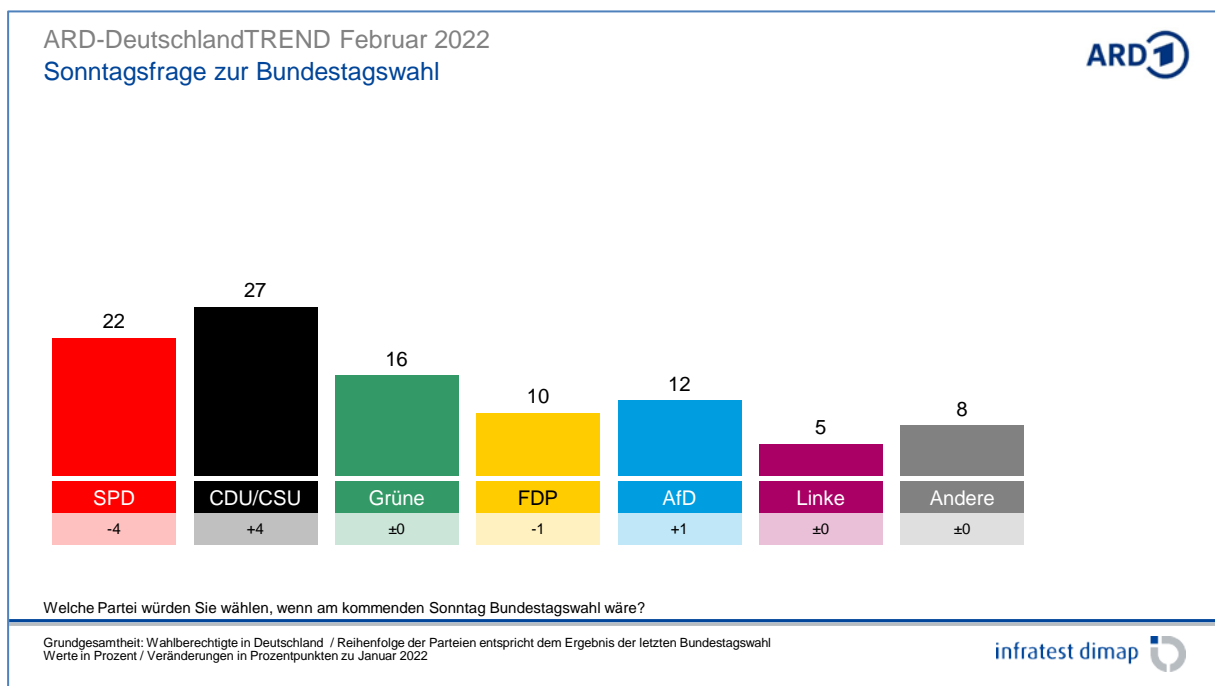
Durch die aktuellen Spannungen im Ukraine-Konflikt ist die Ampel-Regierung unmittelbar nach Amtsantritt mit akuten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die bisherige Zurückhaltung der Bundesregierung in dem sich wieder verschärfenden Ukraine-Konflikt hat im Ausland wie in Teilen der deutschen Öffentlichkeit für Kritik gesorgt - entspricht aber der Haltung vieler Bundesbürger. Die Forderung nach Waffenlieferungen von Deutschland in die Ukraine wird lagerübergreifend von einer Mehrheit abgelehnt. Größeren Rückhalt fänden in der Bevölkerung mit 43 Prozent neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Gaspipeline Nordstream 2 würden die Deutschen hiervon momentan aber ausnehmen wollen. Nach wie vor überwiegt bei ihnen die Forderung, am Projekt festzuhalten. Zugleich spricht sich jeder Zweite für ein Angebot von NATO-Sicherheitsgarantien an Russland aus.

Innenpolitisch bleibt der Umgang mit der Corona-Pandemie weit oben auf der Tagesordnung. Da die befürchteten Engpässe bei der Belegung von Intensivbetten trotz Rekordständen bei Inzidenzzahlen ausgeblieben sind, mehren sich auch in Deutschland Stimmen nach Corona-Lockerungen. Für fast die Hälfte der Wahlberechtigten im Land bleiben die Regularien auch in der jetzigen Situation angemessen. Allerdings erreicht die Zahl derer, die die geltenden Corona-Auflagen für übertrieben halten, derzeit einen neuen Höchstwert. Weiterhin gerungen wird in Deutschland um die Einführung einer Corona-Impfpflicht. Nur jeder Dritte spricht sich derzeit grundsätzlich gegen eine Impfpflicht aus, darunter die Mehrheit der AfD-Anhänger. Während jeder Achte eine altersbezogene Impfpflicht, z.B. für Personen ab 50 Jahren unterstützt, spricht sich gut die Hälfte der Deutschen für eine generelle Impfpflicht für alle Erwachsenen ab 18 Jahren aus.

Am Freitag beginnen die 24. Olympischen Winterspiele in Peking. Das Interesse der Deutschen fällt wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung der Spiele eher gering aus. Nur gut jeder Fünfte gibt an, sich sehr stark bzw. stark für die Wintersportwettbewerbe zu interessieren. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Nachgelassen hat das Ansehen der Sportveranstaltung insgesamt. Gut die Hälfte berichtet, dass sich ihre Sicht auf Olympia über die Jahre verschlechtert hat. Zugleich nehmen die Bundesbürger Anstoß am Austragungsort. Zwei Drittel bezeichnen die Entscheidung zur Vergabe der Winterspiele an China rückblickend als falsch und damit deutlich mehr als bei den Sommerspielen von Peking 2008 oder 2014 bei den Winterspielen von Sotschi. Die Kritik der Bundesbürger an der diesjährigen Austragung der Winterspiele entzündet sich dabei in erster Linie an den politischen Verhältnissen vor Ort.

## Sonntagsfrage: SPD verliert an Rückhalt, Union profitiert

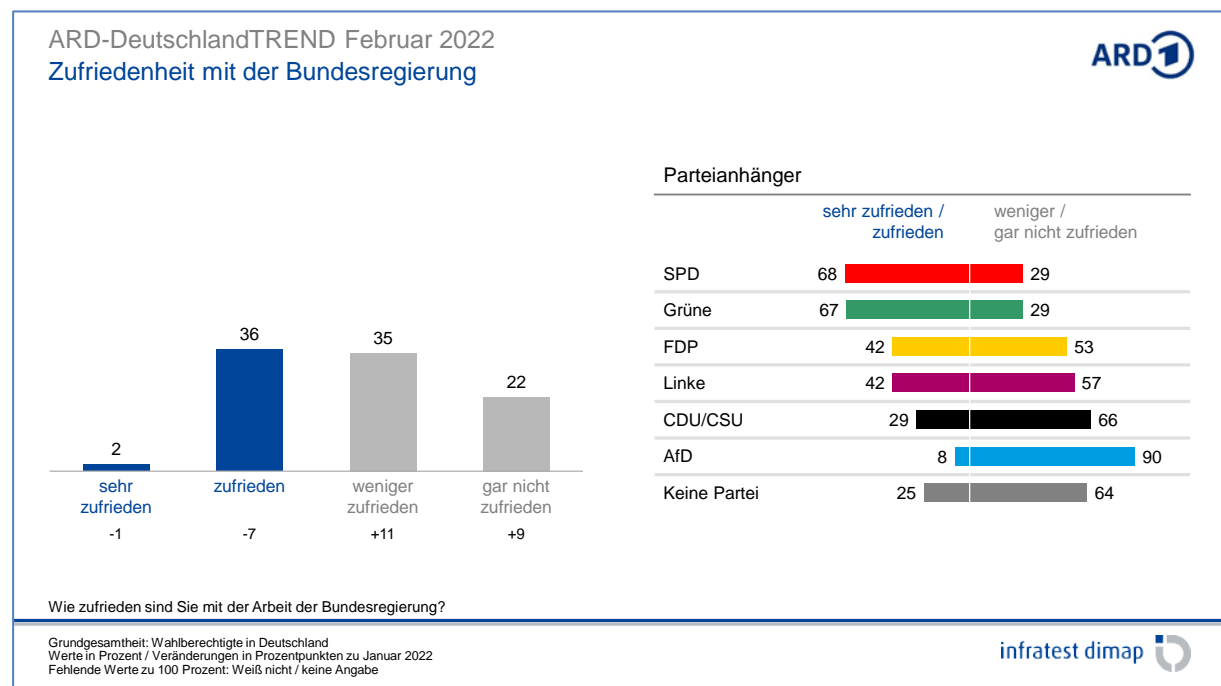
Hatten sich in den ersten Monaten nach der Bundestagswahl kaum Veränderungen in der politischen Stimmung vollzogen, ergeben sich aktuell erhebliche Verschiebungen. Nach 26 Prozent im Januar käme die SPD aktuell bei einer Bundestagswahl auf einen Wählerzuspruch von 22 Prozent (-4). Die Sozialdemokraten liegen damit in der Sonntagsfrage erstmals seit August letzten Jahres wieder hinter der Union. Die CDU/CSU dagegen legt zum Vormonat um 4 Punkte zu und hätte momentan 27 Prozent in Aussicht. Die Grünen würden wie Anfang Januar 16 Prozent (+/-0) erzielen. Während die FDP mit einem Anteil von 10 Prozent (-1) etwas schlechter abschneidet als vor einem Monat, liegt die AfD mit 12 Prozent geringfügig besser (+1). Die Linke könnte unverändert mit 5 Prozent rechnen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

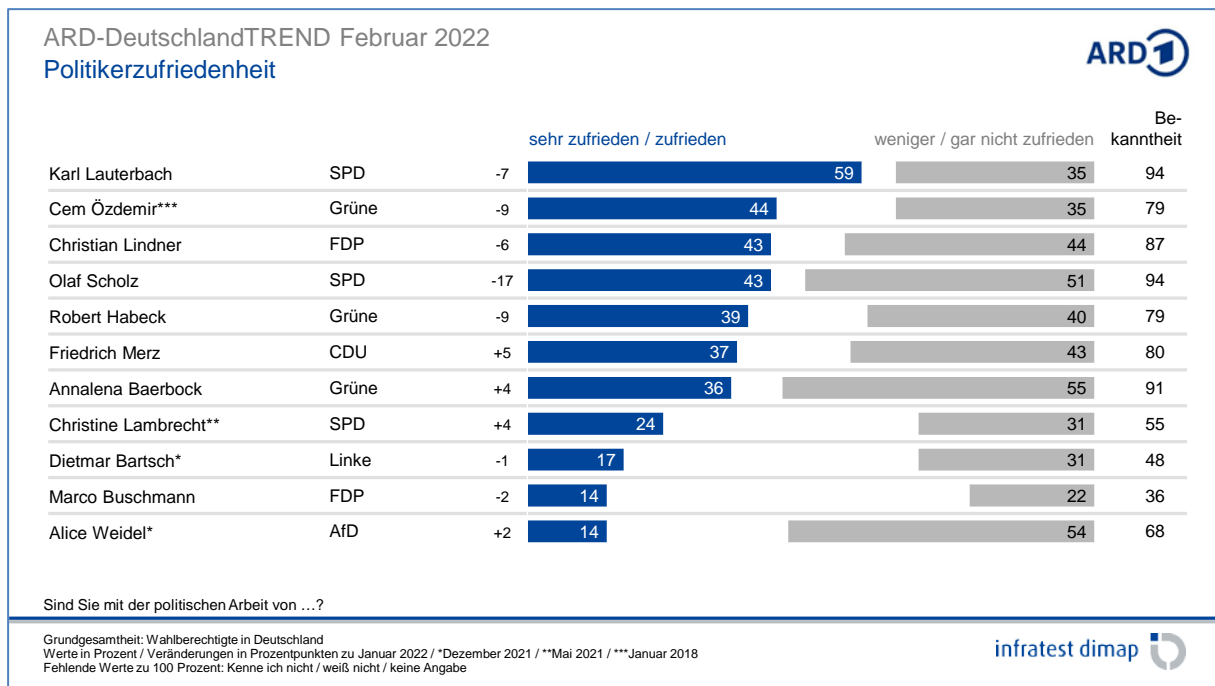
## Regierungszufriedenheit: Zuspruch für Ampelbündnis sinkt

Die SPD-Verluste in der Sonntagsfrage gründen auf eine im Monatsverlauf erkennbar gewachsene Unzufriedenheit mit der Arbeit der Berliner Koalition und ihrer Regierungsspitzen. Im Januar äußerten sich 46 Prozent der Bundesbürger positiv zu den Leistungen der Ampel, aktuell sind es weniger als vier von zehn (38 Prozent; -8). Gleichzeitig ist die Zahl der Kritiker massiv von 37 Prozent auf 57 Prozent (+20) gestiegen. Die Wähler von SPD (68:29 Prozent) und Grünen (67:29 Prozent) sind weiterhin mehrheitlich vom Kabinett überzeugt. In den Reihen des Koalitionspartners FDP überwiegt dagegen nach knapp zwei Monaten Regierungsarbeit die Unzufriedenheit (42:53 Prozent). Deutlichere Kritik kommt von der Bundstagsopposition, vergleichsweise moderat von den Anhängern der Linken (42:57 Prozent), massiv von den Wählern der Union (29:66 Prozent), vor allem aber von der AfD (8:90 Prozent).



## Politikerzufriedenheit: Einbußen für Scholz, Habeck und Lindner

Die Sympathieverluste für das Kabinett gehen mit deutlichen Popularitätseinbußen der meisten abgefragten Kabinettsmitglieder einher, allen voran des Bundeskanzlers. Nach 60 Prozent im Vormonat überzeugt Olaf Scholz aktuell nur 43 Prozent (-17) der Wahlberechtigten, die Hälfte (51 Prozent) äußert sich kritisch. Auch FDP-Finanzminister Lindner (43 Prozent; -6) und Grünen-Vizekanzler Habeck (39 Prozent; -9) büßen binnen eines Monats sichtbar an Zuspruch ein.

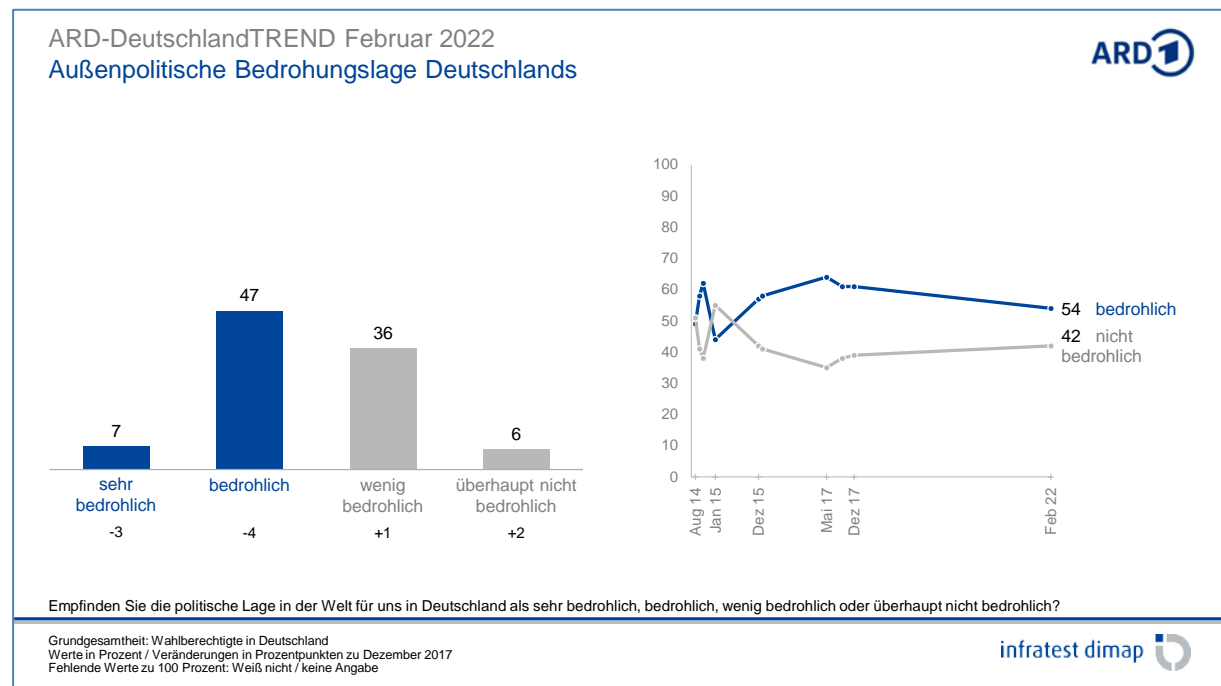


Gesundheitsminister Lauterbach, ebenfalls konfrontiert mit Einbußen, führt im Februar die Liste der abgefragten Parteipolitiker mit großem Vorsprung (59 Prozent; -7) an. Ihm folgt im Bevölkerungsurteil Grünen-Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (44 Prozent), der seine früheren Werte als Grünen-Parteivorsitzender (-9 zu Januar 2018) jedoch verfehlt. Ansehen gewinnen kann aus dem Berliner Kabinett Außenministerin Baerbock (36 Prozent; +4). Sie erzielt im ARD-DeutschlandTREND ihren zweitbesten persönlichen Wert, zieht aber weiterhin mehr negative als positive Stimmen auf sich. Auf niedrigem Niveau verbessert sich ebenso SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Mit 24 Prozent (+4 zu Mai 2021) wird sie positiver bewertet als zuletzt in ihrer Funktion als Bundesjustizministerin. Ihr Nachfolger im Justizressort, Marco Buschmann von der FDP, liegt etwas schlechter als im Vormonat (14 Prozent; -2), ist zugleich aber weiterhin der Mehrheit der Bundesbürger kein Begriff.

Der nun auch per Briefwahl bestätigte neue CDU-Vorsitzende Merz verbessert sich zum Vormonat (+5) und erfährt derzeit mit 37 Prozent eine vergleichbare Unterstützung wie der Grünen-Vizekanzler. In den Reihen der Unions-Anhänger äußern sich derzeit zwei Drittel positiv zu Merz. Der Linken-Fraktionsvorsitzende, Dietmar Bartsch, überzeugt 17 Prozent (-1 zu Dezember), AfD-Fraktionschefin Alice Weidel 14 Prozent (+2 zu Dezember).

## Außenpolitische Situation aus Sicht von 54 Prozent für Deutschland bedrohlich

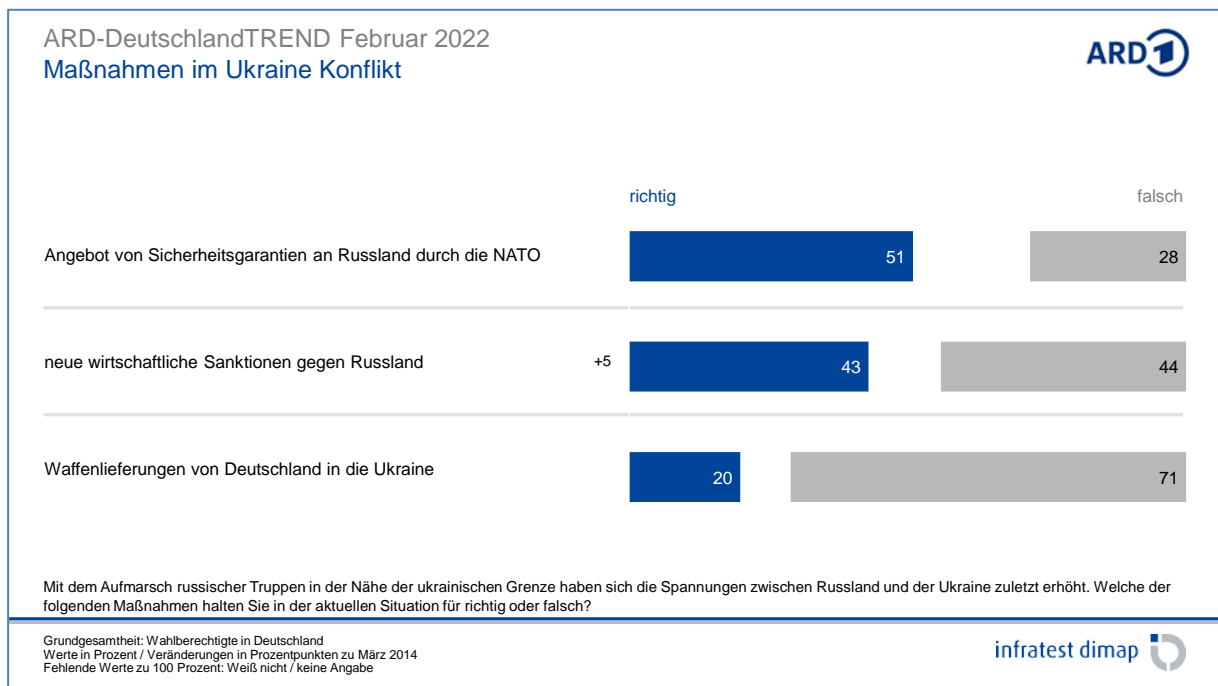
Durch die aktuellen Spannungen im Ukraine-Konflikt ist die Ampel-Regierung unmittelbar nach Amtsantritt mit massiven außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die momentane Situation in der Welt wertet über die Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) als bedrohlich für Deutschland, vier von zehn (42 Prozent) teilen diese Bedrohungseinschätzung dagegen nicht. Auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise 2014 (Oktober: 62 Prozent) wie auch 2017 beim Wiederaufflammen der russisch-ukrainischen Spannungen (Dezember: 61 Prozent) hatten jeweils sechs von zehn Wahlberechtigten die außenpolitische Lage für Deutschland als bedrohlich beschrieben.





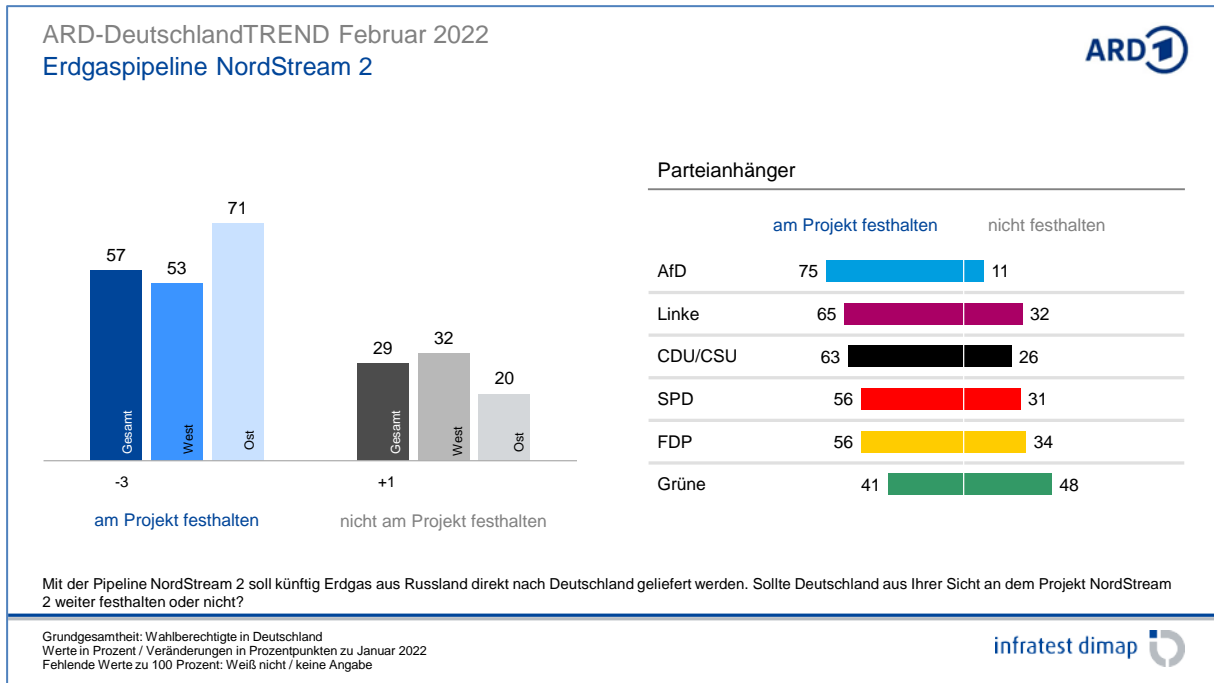
## Maßnahmen in der Ukraine-Krise: keine Unterstützung für Waffenlieferungen

Die bisherige Zurückhaltung der Bundesregierung in dem sich wieder verschärfenden Ukraine-Konflikt hat im Ausland wie auch in Teilen der deutschen Öffentlichkeit für Kritik gesorgt, entspricht aber der Haltung vieler Bundesbürger. Die Forderung nach Waffenlieferungen in die Ukraine betrachten momentan 71 Prozent als falsch, 20 Prozent als richtig. Waffenlieferungen werden von allen Anhängerschaften abgelehnt, auch von zwei Dritteln der Unions-Wähler (67 Prozent). Größeren Rückhalt fänden derzeit mit 43 Prozent neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Zugleich spricht sich die Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent) für ein Angebot von NATO-Sicherheitsgarantien an Russland aus.



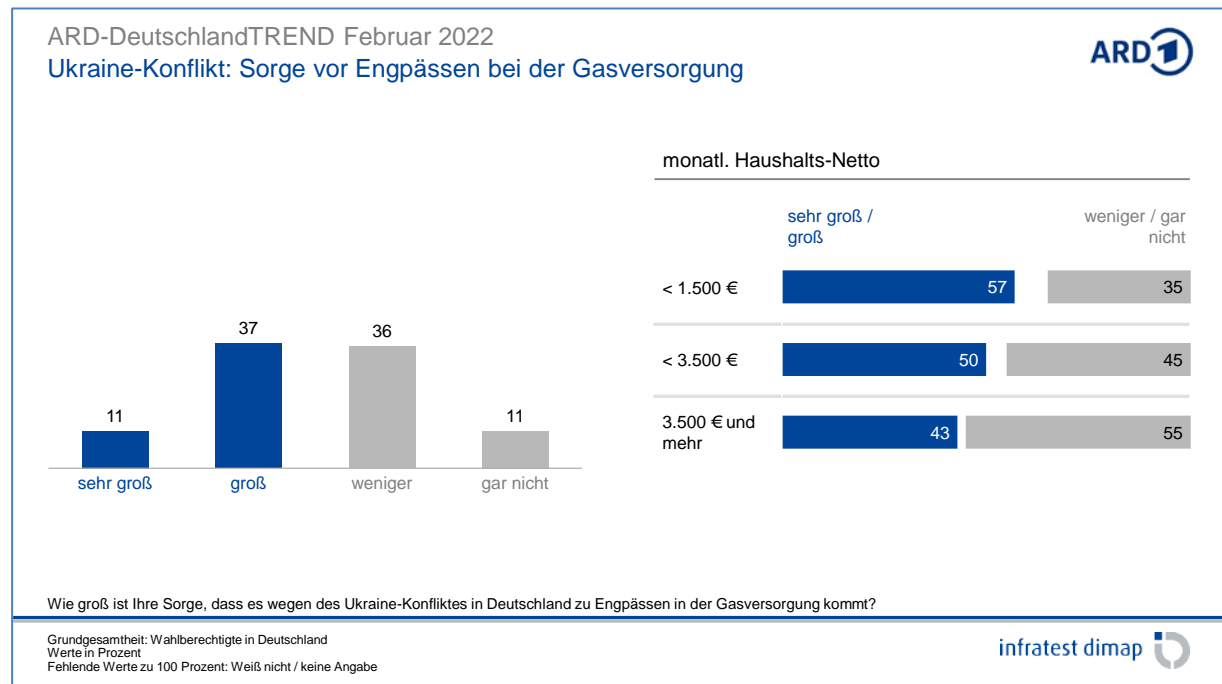
## Zuspruch zu Nordstream 2 kaum verändert

Sosehr sich die Deutschen offen zeigen für neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland, an dem gemeinsamen Projekt Nordstream 2 möchte eine Mehrheit von 57 Prozent (-3) festhalten. Ablehnend äußern sich zum Projekt nach wie vor am ehesten die Anhänger der Grünen (41:48 Prozent). Ebenso findet Nordstream 2 in Ostdeutschland (71:20 Prozent) unverändert einen deutlich größeren Rückhalt als im Westen der Republik (53:32 Prozent).



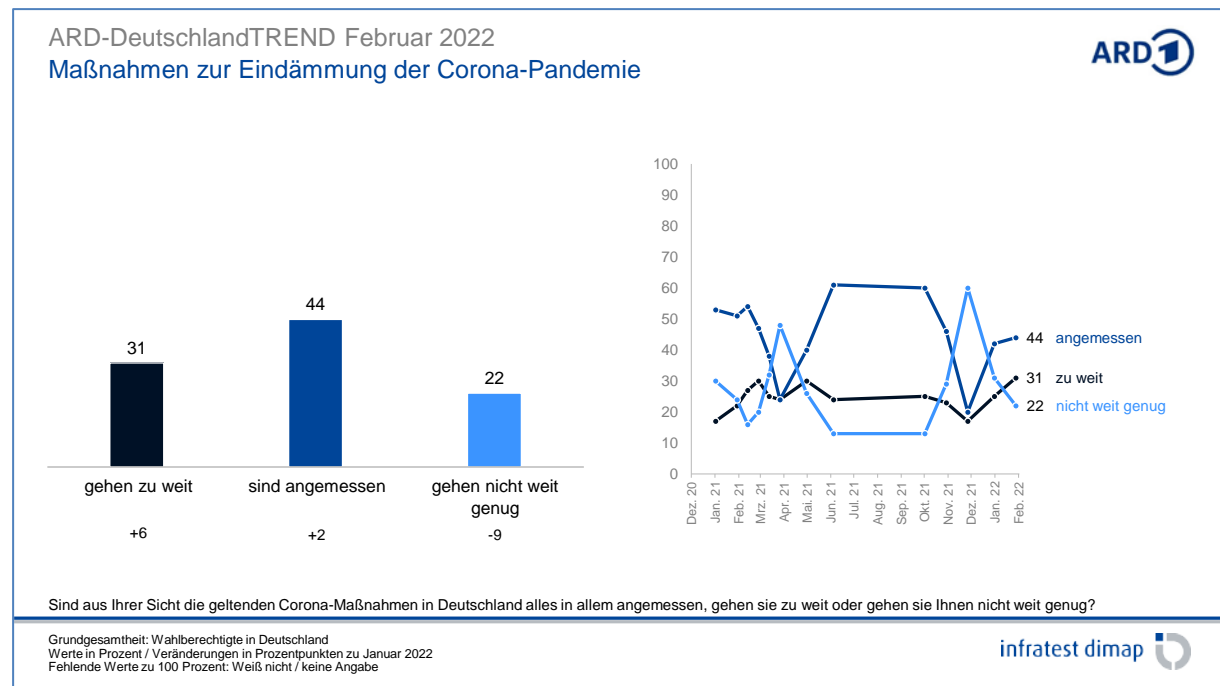
## Ukraine-Konflikt: Hälfte in Sorge vor Engpässen in der Gasversorgung

Wie die Diskussion um Nordstream 2 verdeutlicht, berühren die aktuellen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine aus deutscher Sicht neben sicherheitspolitischen nicht zuletzt energiepolitische Fragen. Hinsichtlich der möglichen Konsequenzen des Ukraine-Konflikts für die Gasversorgung in Deutschland sind sich die Bundesbürger derzeit allerdings uneins. Die Hälfte (49 Prozent) darunter insbesondere Haushalte mit geringeren Einkommen sind durchaus in Sorge, dass es zu Engpässen kommen könnte, fast ebenso viele (47 Prozent) sind es jedoch nicht.



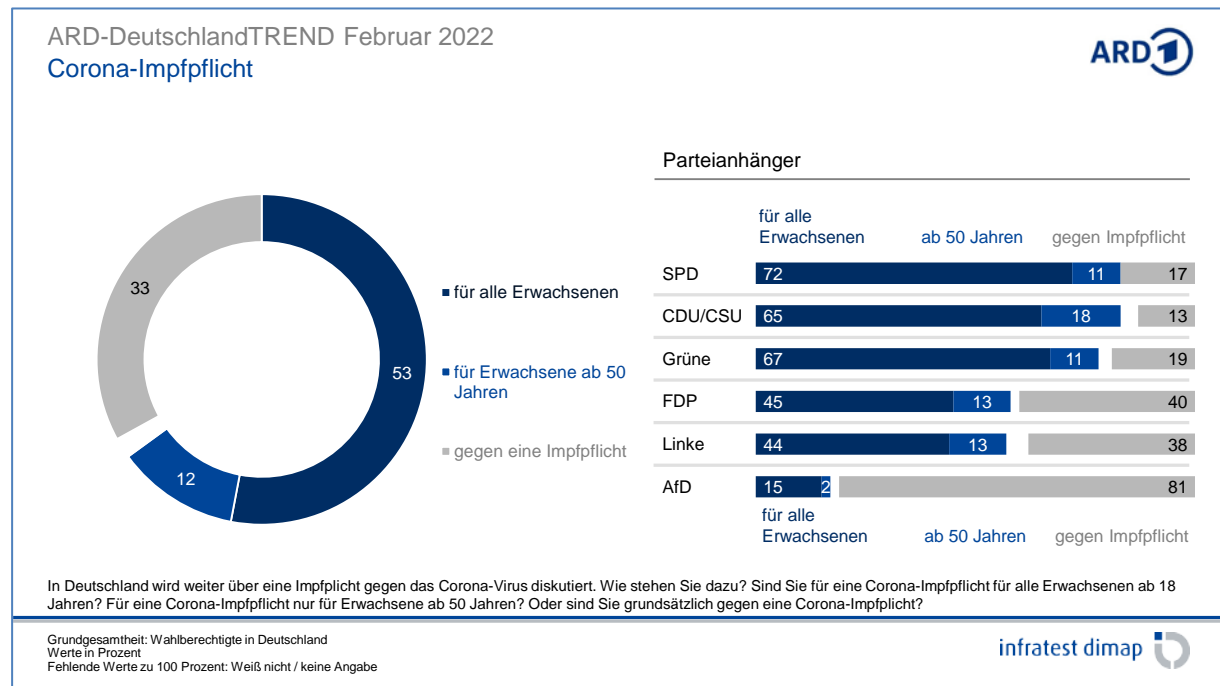
## Wachsendes Unbehagen an Corona-Maßnahmen

Innenpolitisch bleibt der Umgang mit der Pandemie weit oben auf der Tagesordnung. Da die befürchteten Engpässe in der Krankenhausbelegung, insbesondere die Inanspruchnahme von intensivmedizinischen Kapazitäten, trotz Rekordzuwächsen beim Infektionsgeschehen bislang ausgeblieben sind, mehren sich auch in der deutschen Politik die Stimmen nach einer Lockerung von Corona-Maßnahmen. Für fast die Hälfte der Bundesbürger (44 Prozent; +2) bleiben die geltenden Regularien auch in der jetzigen Situation angemessen. Allerdings erreicht die Zahl derer, die die geltenden Corona-Auflagen für übertrieben halten, mit 31 Prozent (+6) einen neuen Höchstwert. Gleichzeitig ist die Unterstützung verschärfter Regularien weiter gesunken von zuletzt 31 auf nunmehr 22 Prozent (-9 Prozent).



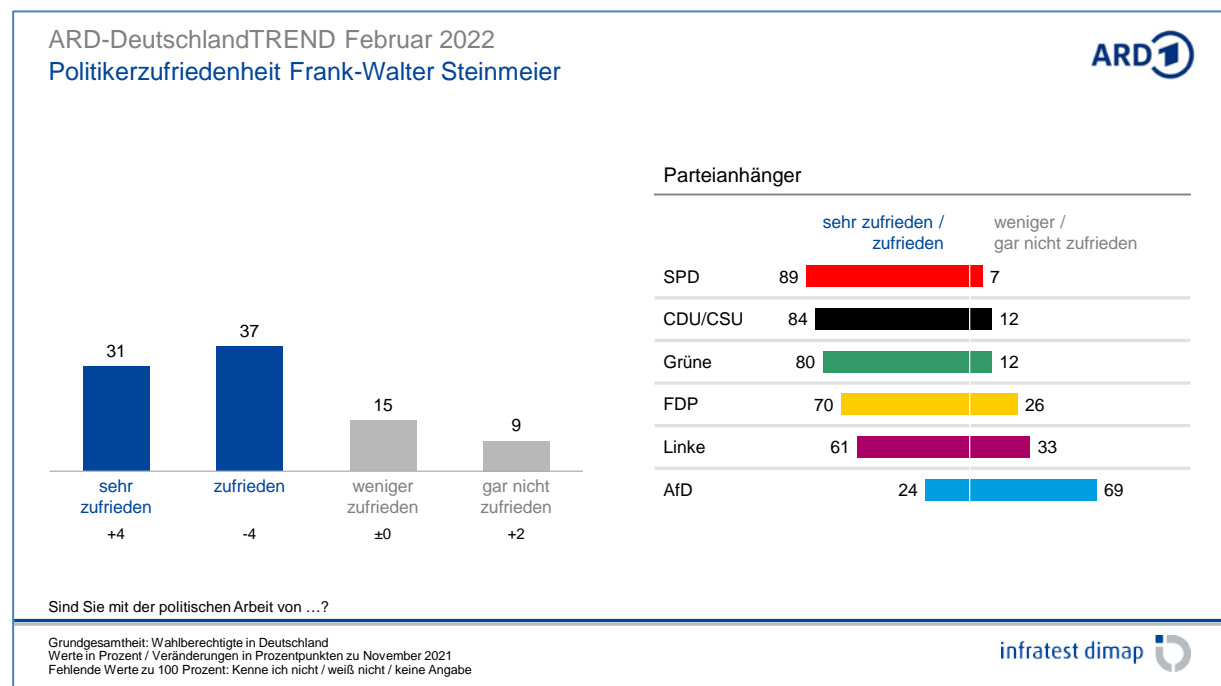
## Corona-Impfpflicht: nur ein Drittel generell dagegen

Weiterhin gerungen wird in Deutschland über die Einführung einer Corona-Impfpflicht für die Bevölkerung. Jeder Dritte (33 Prozent) wendet sich grundsätzlich gegen eine solche Impfpflicht, darunter mehrheitlich die Anhänger der AfD (81 Prozent), aber auch größere Teile der FDP- (40 Prozent) und Linken-Wähler (38 Prozent). Während jeder Achte (12 Prozent) eine altersbezogene Impfpflicht, z.B. für Personen ab 50 Jahren unterstützt, spricht sich gut die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) für eine generelle Impfpflicht für alle Erwachsenen ab 18 Jahren aus.



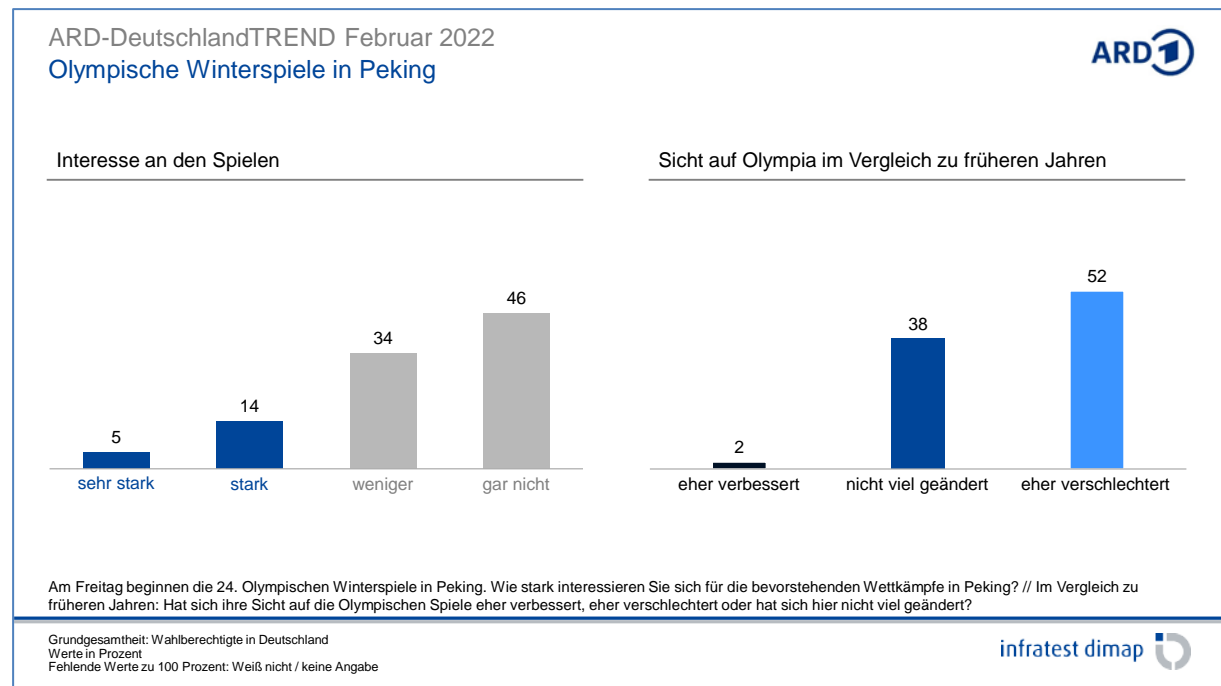
## Wahl des Bundespräsidenten: Sieben von zehn mit Steinmeier zufrieden

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat für Sonntag, den 13. Februar, die 17. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten einberufen. Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier hatte im Mai vergangenen Jahres seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit angekündigt, die inzwischen von allen Parteien der Ampel-Koalition sowie der Union und dem SSW unterstützt wird. Vor der Abstimmung der Bundesversammlung bewerten sieben von zehn Bundesbürgern (68 Prozent) die Arbeit des amtierenden Bundespräsidenten positiv. Etwa jeder Vierte (24 Prozent) ist unzufrieden. Mit Ausnahme der AfD-Anhänger (24:69 Prozent) überwiegt der Zuspruch zu seiner Person wenige Tage vor Zusammenkommen der Bundesversammlung in allen Anhängerschaften. Allerdings reicht Frank-Walter Steinmeier an seinen früheren Rückhalt in der Bevölkerung als Bundesaußenminister nicht heran.

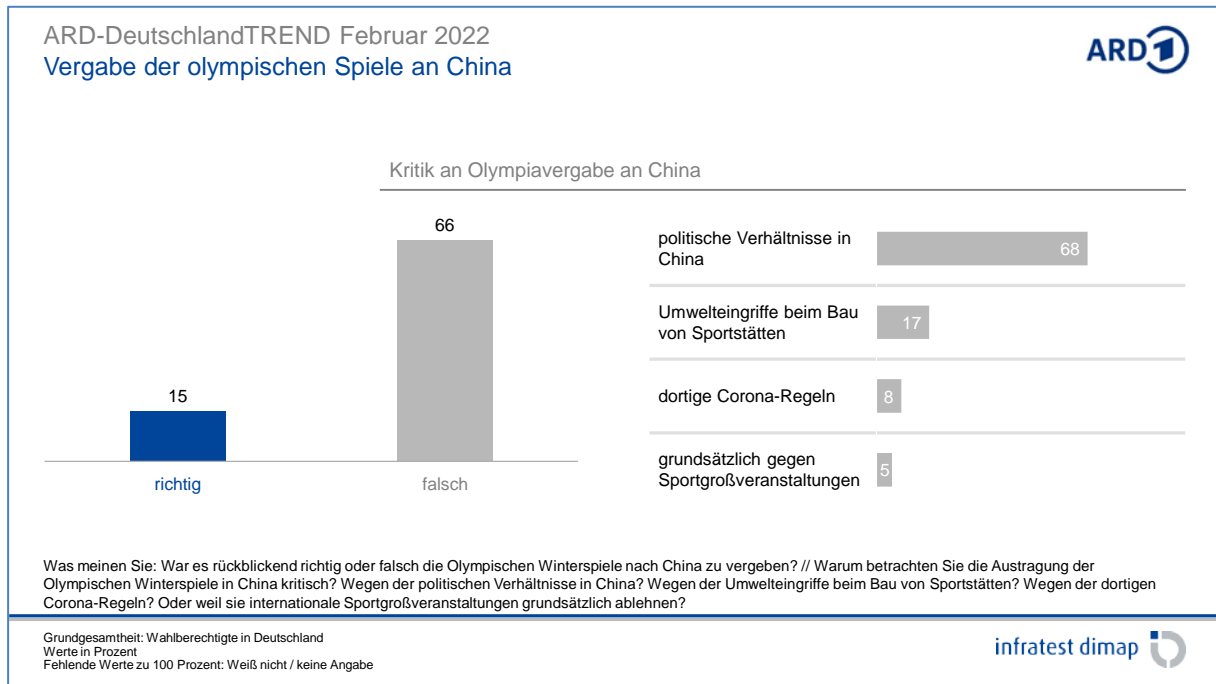


## Winterspiele in Peking: geringes Interesse, Kritik am Austragungsort

Am Freitag beginnen die 24. Olympischen Winterspiele in Peking. Das Interesse der Deutschen an den Wettkämpfen ist unmittelbar vor der Eröffnungsfeier begrenzt. Nur knapp jeder Fünfte (19 Prozent) gibt an, sich sehr stark bzw. stark für die Wintersportwettbewerbe zu interessieren, unter den jüngeren Bundesbürgern ist es lediglich jeder Achte (11 Prozent). Die Gründe für das begrenzte Interesse der Deutschen sind vielfältig. Nachgelassen hat das Image der Sportveranstaltung insgesamt. Gut die Hälfte der Deutschen (52 Prozent) berichtet, dass sich ihre Sicht auf Olympia über die Jahre verschlechtert hat. Bei kaum jemandem hat sich das Olympia-Bild verbessert (2 Prozent). Für vier von zehn (38 Prozent) haben sich im Verlauf der Jahre keine Änderungen ergeben.



Zugleich nehmen die Bundesbürger Anstoß am Austragungsort. Zwei Drittel (66 Prozent) bezeichnen die Entscheidung zur Vergabe der Winterspiele an China rückblickend als falsch und damit deutlich mehr als noch vor vierzehn Jahren bei den Sommerspielen von Peking (56 Prozent) oder auch vor acht Jahren bei den Winterspielen von Sotschi (57 Prozent). Die Kritik der Bundesbürger an der diesjährigen Austragung der Winterspiele entzündet sich dabei mit zwei Dritteln (68 Prozent) in erster Linie an den politischen Verhältnissen vor Ort. 17 Prozent halten die Vergabe an China rückblickend wegen der Umwelteingriffe beim Sportstättenbau, 8 Prozent wegen der dortigen Corona-Regeln für falsch.





## ARD–DeutschlandTREND Februar 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Autorin WDR	Elen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.339 Befragte (876 Telefoninterviews und 463 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rück Erinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	31. Januar bis 02. Februar 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0